

Stellt sich bei
soft und hard power
die Gretchenfrage?

Krieg und Frieden

Dieter Farwick/Babak Khalatbari

Der Bezug von Krieg zu Frieden lässt sich im einundzwanzigsten Jahrhundert mit einer Ringparabel aus dem achtzehnten Jahrhundert erklären, und zwar mit Goethes literarischem Werk Faust I. Ähnlich wie in der Szene Marthens Garten, in der Gretchen ihrem Geliebten Faust die alles entscheidende Frage bezüglich der Religion stellt, gestaltet sich die Realität der Weltpolitik. Die von Gretchen auf die teuflischen Machenschaften ihres Liebhabers bezogene Frage beantwortet Faust insofern ausweichend, als er versucht, die großen Differenzen zwischen seinem pantheistischen Gottesbegriff und Gretchens festem Glauben an das Christentum rhetorisch zu verwischen, um so dem Ziel einer gemeinsamen Nacht näher zu kommen. Die Gretchenfrage wird daher von jeher als Synonym für eine sehr direkte, an den Kern eines Problems gehende Frage benutzt. Heutzutage stellt sich nicht mehr die Frage nach der Religion, sondern nach Krieg und Frieden. Wie kann man Kriege verhindern beziehungsweise im Ernstfall für die Allgemeinheit führen und Frieden schaffen beziehungsweise sichern?

Generell stehen den politischen Akteuren bei der Praktizierung der Außenpolitik sowie speziell bei der Bekämpfung des extremistischen Terrors zahlreiche unterschiedliche Möglichkeiten zur Verfügung. Im Großen und Ganzen kann bei den Alternativen eine verallgemeinernde Aufteilung in zwei Gruppen erfolgen, die jeweils vom amerikanischen und europäischen Ansatz bevorzugt werden: *hard*

power und *soft power*. Während bei dem komplexen Prozess der *soft power* die EU eher bestrebt ist, reformfreundige Kräfte innerhalb betreffender Länder zu unterstützen und existierende Regime durch Dialog, Hilfe und behutsame Konditionalisierung zu einem Umdenken zu bewegen, ist amerikanische Politik eher darauf bedacht, Staaten, die sich den westlichen Interessen widersetzen, im Rahmen des Hinweises auf bestehende Demokratiedefizite mit Sanktionsmaßnahmen bis hin zu einem von außen erzwungenen Regimewechsel zu drohen.

In der Praxis sieht die Umsetzung der speziell europäischen Politikstrategie so aus wie vor und während des „heißen Irak-Konflikts“, als deutsche Regierungsmitglieder nicht müde wurden, Deutschland als „Zivilmacht“ und „Zivilgesellschaft“ – und damit als *soft power* – zu positionieren. Mit dieser Etikettierung wollte man sich bewusst von der tumben *hard power* USA absetzen. Doch was ist eigentlich *soft power*? Im Großen und Ganzen ist es die Anwendung von nicht militärischen Mitteln, um Einfluss auf andere Staaten oder Bündnisse zu nehmen. Als Werkzeug dient die klassische Diplomatie, Entwicklungshilfe sowie wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit mit staatlichen und nicht staatlichen Institutionen. Mit ihr sollen die Konfliktursachen rechtzeitig erkannt und eingedämmt werden, bevor sich Krisen entwickeln und eskalieren. Das Einnehmen dieser Position fällt generell vielen europäischen und speziell der deutschen Regie-

rung umso leichter, weil die Fähigkeit zur Anwendung von *hard power* mehr und mehr erodiert und irgendwann gar nicht mehr mit dem „Knüppel aus dem Sack“ gedroht werden kann.

„Moral der Ohnmacht“

So entsteht aus der Not eine Tugend, die man als „Moral der Ohnmacht“ bezeichnen kann. Bei dieser Prozedur wird die Anwendung von *soft power* als moralisch und ethisch höher eingestuft als die von *hard power*. Die Notwendigkeit, in bestimmten Situationen *hard power* anzuwenden, wird zwar nicht negiert, aber doch ähnlich wie in einem Kartenspiel als schwarzer Peter dem transatlantischen Partner zugesteckt. Egon Bahr hat in einem Beitrag in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* im vergangenen Jahr die angestrebte Arbeitsteilung auf den Punkt gebracht: „Die Amerikaner führen die Kriege, die Europäer sichern den Frieden.“ Das von drei europäischen Staaten und der Internationalen Atomenergiebehörde erzielte Abkommen mit der iranischen Regierung sollte nicht vorschnell und unkritisch als Erfolg von „soft power“ bewertet werden. Außenminister Fischer hat mehrfach erklärt, dass den Iranern „knallhart“ die Möglichkeit eines harten Eingreifens der USA für den Fall vor Augen geführt wurde, dass das Abkommen nicht unterschreiben würde. Darüber hinaus wird die Zeit zeigen, ob dieses Abkommen von der iranischen Seite eingehalten wird, wenn die Gegenleistung der Europäer erfolgt ist. Ohne die *hard power* im Hintergrund wäre das Abkommen wohl nicht unterzeichnet worden. Eine derartige „Arbeitsteilung“ ist unfair gegenüber den USA und auf Dauer nicht durchzuhalten. Ebenso vermochte das Instrument *soft power* weder in Ruanda noch in Darfur etwas auszurichten beziehungsweise Völkermord zu verhindern. Selbst die letztlich verabschiedete UNO-Resolution scheint den

Machthabern in Khartoum nicht allzu sehr Kopfschmerzen zu bereiten. Die Annahme, dass eine Arbeitsteilung die Stärken transatlantischer Politik weiterentwickeln würde, scheint sich nicht zu bewahrheiten.

Vielmehr ist es an der Zeit, die Arbeitsteilung zwischen der Anwendung von *hard power* und *soft power* aufzugeben. Versinnbildlicht aus der Welt der Computer, aus der die Begriffe Hardware und Software stammen, kann es nicht vernünftig anmuten, auf dem amerikanischen Kontinent die Hardware und in Europa die Software vorzuhalten, wenn sich beide Komponenten im Verbund wertvoll ergänzen könnten. Eher sollten *hard* und *soft power* als die zwei Seiten der Medaille verstanden werden, die Krisenprävention und Krisenmanagement heißen. Im Klartext: Jeder Staat und jedes Bündnis, das ernst genommen werden will, muss auf den weißen und schwarzen Tasten des politischen Klaviers spielen können, um politische Wirkung erzielen zu können. „Zuckerbrot und Peitsche“ oder „speak softly and carry a big stick“ sind Redewendungen, die in der internationalen Politik nur dann über Gültigkeit verfügen, wenn *hard power* glaubwürdig angedroht werden kann. Zu dieser Glaubwürdigkeit gehört auch die Fähigkeit, *hard power* einzusetzen. Dazu gehören unter anderem Streitkräfte mit der entsprechenden Stärke, Struktur, Bewaffnung und Ausrüstung – besonders für einen Staat, der einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat anstrebt. Die deutschen Streitkräfte wurden in den letzten Jahren – vor 1998 beginnend – in eine „strukturelle Nichteinsatzfähigkeit“ oberhalb von „Peacekeeping“ deformiert. Das heißt in praxi, dass deutsche Streitkräfte, eine entsprechende politische Entscheidung vorausgesetzt, nicht gleichwertig und gleichzeitig mit amerikanischen und britischen Streitkräften an dem „Hightech“- und „Highintensive“-Krieg im Irak hät-

ten teilnehmen können. Wenn *soft power* als überlegene Politik vermarktet wird, weil man die Anwendung von *hard power* nicht mehr praktizieren möchte oder dazu nicht mehr in der Lage ist, verzichtet man auf die Durchsetzung eigener Interessen und eine Verbesserung der eigenen Sicherheit, die – regierungsamtlich – bereits am Hindukusch bedroht ist.

Der Weg nach Rom

Anstatt eines möglichen transatlantischen Rivalitätskampfes um mehr Einfluss in der Region des Nahen und Mittleren Ostens wäre es sinnvoller, die derzeit vorhandenen Asymmetrien mithilfe komparativer Vorteile in Synergieeffekte umzumünzen. Der Weg nach Rom wäre schon beschritten, wenn die USA mit eingebundenen NATO-Truppen beispielsweise die Möglichkeit nutzen würden, ihre militärische Schlagkraft sowohl als politisches Druckmittel als auch als Sicherheitsgarantie zu verwenden, was durch wirtschaftliche Assoziations- und Integrationsperspektiven der EU flankiert werden müsste. Zusätzlich würde es in einem solchen Falle regionalen Parteien nicht gelingen, Amerikaner und Europäer gegeneinander auszuspielen. Spezielle Themenfelder wie die Schlichtung des palästinensisch-israelischen Konflikts, die Stärkung der Demokratie und der Kampf gegen den Terrorismus sowie die Reduzierung regionaler Aufrüstungswettkämpfe könnten so besser bearbeitet werden. Zum einen würden so die regionalen Zivilgesellschaften gestärkt aus dem Rennen gehen, und zum anderen ständen Finanzmittel aus reduzierten Verteidigungshaushalten für die Reform der Bildungs- und Sozialsysteme zur Verfügung.

Diese hohen Ziele außerhalb des Kontinentes Europa werden jedoch sicherlich nur äußerst schwierig mit kontinuierlich sinkenden europäischen Verteidigungsbudgets erreicht werden können. Im

Rückblick auf die militärischen Emanzipierungsbestrebungen Europas sollte zudem nicht vergessen werden, dass die 1999 in Helsinki ins Leben gerufene *European Reaction Force* von 60 000 Soldaten bisher lediglich ein Papiertiger ist und laut Informationen des Vorsitzenden des Militärausschusses, General Gustav Hägglund, frühestens ab 2012 voll einsatzfähig sein wird. Europa wird bis dahin für weltpolitisches Handeln ein operatives Zentrum fehlen. Dass zudem die Amerikaner dieses Vorhaben kritisch verfolgen, dokumentiert die während des Prager Gipfels beschlossene schnelle Eingreiftruppe der NATO, die so genannte *Nato Response Force* (NRF). Die Bildung einer solchen Einheit innerhalb der NATO kann für die Europäische Union definitiv als eine elegante Gelegenheit bezeichnet werden, das strategische Defizit der *European Reaction Force* zu überspielen. Zudem würde eine Konzentration auf autonome europäische Fähigkeiten de facto eine Fokussierung auf militärische Szenarien geringer bis mittlerer Intensität bedeuten. Die Bewältigung anspruchsvoller Aufgaben bliebe damit weitgehend den USA überlassen, was von keiner Seite – weder der amerikanischen noch der europäischen – gewollt sein kann. Der Versuch, die alte Welt herbeizusehnen, kann nicht gelingen, da wir in einem neuen Jahrtausend, einer neuen Welt leben. Bei der Frage nach Krieg und Frieden kann sich demnach bezüglich *soft* und *hard power* nicht die Gretchenfrage stellen, denn ähnlich wie beim Januskopf verfügt auch die Medaille der Krisenprävention über zwei Seiten.

Dies zu missachten ist gefährlich, denn mit der Beschränkung auf die Anwendung von *soft power* kann man zwar auf einem hohen moralischen Podest Platz nehmen – jedoch ist der Preis des guten Gewissens eine oft wirkungslose Außen- und Sicherheitspolitik.